

Mail von Bernd Kopsch, Mitglied im Vorstand des FHI e.V. an Herrn Willsch (CDU, MdB)

Von: bernd kopsch

Gesendet: Montag, 14. September 2020 11:13

An: Willsch Klaus-Peter <[klaus-peter.willsch@bundestag.de](mailto:klaus-peter.willsch@bundestag.de)>

**Betreff: Die Schwächsten dürfen nicht am meisten leiden. Retten Sie die Menschen auf den griechischen Inseln**

Guten Tag Herr Willsch,

auch wenn wir uns zu diesem Thema schon mehrfach ausgetauscht haben, die Ereignisse der letzten Tage verlangen ein umgehendes Handeln. Die oft geforderte "Europäische Lösung" ist weit entfernt, sofortiges Handeln ist in der jetzigen Notsituation gefordert. Deutschland hält die EU Ratspräsidentschaft und muss als solche handeln.

Nachdem unzählige Warnungen über Jahre hinweg nicht gehört werden wollten, ist in den Nächten zwischen dem 08. und 10. September 2020 das Horrorszenario eingetreten: Das völlig überfüllte Lager Moria ist zu großen Teilen abgebrannt. 13.000 Menschen haben alles verloren, was kein Zuhause, aber ihre einzige Unterkunft war.

Das Feuer ist die Konsequenz einer europäischen Flüchtlingspolitik, die auf Abschottung und Abschreckung setzt. Einer Flüchtlingspolitik, die tötet und die Schutzsuchende in den Lagern über Jahre alleine ließ. Die Katastrophe war vorhersehbar und wurde wissentlich in Kauf genommen. Die Bundesregierung hätte die Möglichkeit gehabt, die Situation in Moria zu entschärfen.

In Deutschland haben über 170 Kommunen, Städte und Länder ihre Aufnahmebereitschaft seit geraumer Zeit unzählige Male bekundet. Thüringen und Berlin haben Landesaufnahmeanordnungen beschlossen. Bundesinnenminister Seehofer hat diese Solidarität und Bereitschaft jedoch blockiert. Er spricht von einer "europäischen Lösung", die nichts anderes bedeutet, als ein Festhalten an der unmenschlichen Lagerpolitik, bei der Menschenleben riskiert werden.

Wenn Deutschland und Europa seine Werte nicht endgültig verraten wollen, muss die Zeit des Nichthandelns vorbei sein. 13.000 Menschen in Moria hätten längst evakuiert werden müssen, doch die Bundesregierung hat bislang versagt! Tausende Menschen sind seit dem Brand obdachlos.

Ich fordere Sie als Mitglied des Bundestages auf: Schöpfen Sie Ihre Möglichkeiten aus und kommen Sie Ihrer Verantwortung nach! Wirken Sie auf eine sofortige Aufnahme der Menschen nach Deutschland hin! Die Bundesregierung muss ihre Blockadehaltung umgehend aufheben und die Aufnahme der Menschen nach Deutschland JETZT organisieren, denn: Wir haben Platz!

Bis Sie die Evakuierung der Lager politisch durchsetzen können, beenden sie die humanitäre Notlage, in der auf dem Rücken der Menschen in Not Politik gemacht wird: Setzen Sie sich dafür ein, dass EU-Kommission, Bund und Länder Geld für Kreuzfahrtschiffe und ein Hygienekonzept bereitstellen, damit die Menschen schon morgen vor Ort würdig untergebracht werden.

Mit freundlichen Grüßen,

Bernd Kopsch

(Meine Mail ist der aktuellen "Leave no one behind" Kampagne entnommen.)

---

Antwort

Willsch Klaus-Peter <klaus-peter.willsch@bundestag.de>

Mon, Sep 14 at 1:09 PM

Sehr geehrter Herr Kopsch,

da wir uns tatsächlich nicht zum ersten Mal über dieses Thema austauschen, müsste Ihnen mein Standpunkt doch eigentlich bewusst sein. Auch wenn es momentan von der Corona-Pandemie überschattet werden mag, so kämpft unser Land leider bis heute noch mit den Nachwirkungen der unkontrollierten Massenmigration aus dem Herbst 2015. Exemplarisch für diese Probleme steht die massiv gestiegenen Ausländerkriminalität. Leider ist das Ausmaß der Probleme so groß, dass sich das Bundeskriminalamt seit 2015 genötigt sieht, jährlich ein eigenes Lagebild zur Kriminalität im Kontext von Zuwanderung zu veröffentlichen.

Nach Informationen griechischer Behörden, sollen es zudem Migranten gewesen sein, welche ihr Lager in Moria in Brand gesetzt haben. Für mich ein Grund mehr, jede weitere unkontrollierte Aufnahme von Migranten in Deutschland abzulehnen!

Unabhängig davon, leistet Deutschland bereits jetzt einen erheblichen Beitrag zum Schutz und zur Versorgung von Migranten, und das sowohl in den Quell-Ländern selbst, als auch mit Zahlungen an UN-, EU-Projekte und eigene Entwicklungshilfe weltweit.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus-Peter Willsch MdB